

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig.

Bezugspreis: Wöchentlich 36 Pf. und 4 Pfennig für Postenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 1.80 M. auschl. Postgelde. — In Halle von Betriebsführung, Streik oder Aussetzung hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck- u. Verlag: Schönbach & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Jahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. Jahn, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuenhofer Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammel-Nummer 4071.



Regelmäßige Beilagen: Wöchentlich: Spand. Illustr. Zeitung — Spand. Roman-Beilage — Die Frau und ihr Welt — Der Kleinrentner — Reise u. Bericht, 14 tgl.: Die bunte Woche, „Film“.

Anzeigenpreis: Die je nach Größe, Lage oder deren Raum 36 Pf., die dreigelegte, Zertifikate 1.80 M. — Anzeigenpreis: 20 Pf. für das Tausend, 10 Pf. für das Tausend, 5 Pf. für das Tausend. — Keine Gewähr für Erhalten von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Unerwarteter Preisnachlass tritt bei geräuschlicher Einstellung und Konturs. — Verlagsstand Spandau. — Bankkonten: D. D. Bank, Depositen-Rasse Spandau; Spandauer Bank, Spandau. — Postfach 60. — Konto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

Nummer 29. *

Freitag, 3. Februar 1933.

40. Jahrgang.

Der deutsche Standpunkt zur Abrüstung

Bei der Wiedereröffnung der Abrüstungskonferenz, die gestern mit einer Sitzung des Allgemeinen Ausschusses erfolgte, führte der deutsche Vertreter

Botschafter Adolfin

u. a. aus, die deutsche Abordnung begrüße aufrichtig die Aussprache über den französischen Plan, denn einerseits hat der Plan natürlich auch in Deutschland große Beachtung gefunden, und die Konferenz hat sicherlich ein Interesse daran, die deutsche Stellungnahme dazu kennenzulernen. Andererseits aber ist es auch klar, daß für den so dringend erwünschten Fortschritt der Konferenz eine grundsätzliche Aussprache des französischen Planes unerlässlich ist. In diesem Sinne stelle ich mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung an die Spitze ihres Planes ausdrücklich die Erklärung gestellt hat, sie wolle die Konferenz nicht auf neue Wege lenken, sondern die Vorschläge sollten es ihr unter Berücksichtigung der bisherigen Entscheidungen und Vorschläge ermöglichen, ihre Aufgabe schnell zu einem guten Ende zu führen. In der Tat weisen die Zeichen der Zeit gebieterisch auf die Notwendigkeit hin, die Arbeit der Konferenz in dieser zweiten Phase bald mit wirklich praktischen Ergebnissen abzuschließen.

Die deutsche Regierung jedenfalls legt den größten Wert darauf, daß die Abrüstung so schnell wie möglich durchgeführt werde. Sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihre einverträgliche Arbeit auf die Erfüllung dieses Anspruches, auf die sie nun schon mehr als ein Jahrzehnt gewartet hat, nicht mehr länger aufgeschoben werden darf.

Und sie steht ferner nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur der Abschluß eines Abrüstungsabkommens in Frage kommen kann, das für alle Konferenzteilnehmer und damit auch für sie selbst den Erfordernissen des Artikels 8 des Valters Rechnung trägt.

Dies ist der unveränderte deutsche Standpunkt seit dem Beginn der Konferenz, den der deutsche Reichskanzler noch gestern Abend bestätigt hat und auf der Grundlage dieses Standpunktes ist die deutsche Regierung, nachdem ihre gleichberechtigte Teilnahme an der Arbeit der Konferenz und ihrem Ergebnis festgesetzt ist, gern bereit, in eine Aussprache aller dem Ziel der Konferenz dienenden Vorschläge einzutreten, also auch des uns vorliegenden französischen.

Zur Verwirklichung einer tatsächlichen und weitgehenden qualitativen Abrüstung und Beschränkung des Materials finde ich leider in dem französischen Plan keinen positiven Vorschlag. Dieser ist aber notwendig, wenn der im Hooverplan ausgesprochene und von der Konferenz bereits angenommene Grundsatz praktisch durchgeführt werden soll, daß die Angriffskraft der Staaten geschwächt, ihre Verteidigungsmöglichkeit gestärkt werden soll. Ich kann mir allerdings von einer Fortsetzung der bisherigen ergebnislosen, monatelangen Beratungen der Sonderkomitees in dieser Frage kein Ergebnis versprechen. Ich halte es für eine unerlässliche und besonders dringliche Aufgabe der Konferenz, ohne erneute technische Untersuchung im Wege der Abstimmung über die vorliegenden oder noch einzubringenden Anträge zur qualitativen Abrüstung Klar festzustellen, wie weit die Konferenz in der Verminderung der Angriffswaffen gehen will. Nach dem französischen Plan soll nun das Angriffsmaterial nicht wirklich abgehafft werden, sondern erhalten bleiben, indem es teils zur Abrüstung der nationalen Kontingente einer Wölferbundsarmee verwendet, teils in dem Lande des bisherigen Besitzers zur Verfügung des Wölferbundes gehalten werden soll. Die deutsche Abordnung ist der Auffassung, daß eine solche Maßregel die qualitative Abrüstung illusorisch machen würde. Nach ihrer Ansicht muß das gesamte Material, das in Zukunft nicht mehr erlaubt sein soll, innerhalb einer festgesetzten Zeit vernichtet und seine Herstellung völlig unterbunden werden. Das ist das einzige Mittel, um in kürzester Zeit zu der wirklichen Abrüstung zu gelangen, auf die die Welt wartet und die die mit der allgemeinen Abrüstung erstrebten politischen und wirtschaftlichen Wirkungen am besten erzielen würde.

Was den juristisch-politischen Teil anbetrifft, so vertritt die französische Abordnung in Verfolgung alter Gedankengänge den Standpunkt, daß für jeden Schritt auf dem Gebiete der Abrüstung parallele Fortschritte auf dem Gebiete der vertragmäßigen Sicherheitsgarantien notwendig sind. Sie stellt zu diesem Zweck — wiederum in Anlehnung an früher versuchte Regelungen — ein System von Vorschriften auf, die teils für die

Staaten Europas oder des europäischen Kontinentes, teils für die Wölferbundsstaaten, teils endlich für alle Teilnehmer an der Konferenz Geltung haben sollen. Die Vorschläge sind von außerordentlicher Tragweite und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie die eingehendste Prüfung verdienen. Zunächst aber muß ich eines feststellen: Die Auffassung, daß die von dieser Konferenz erwarteten Maßregeln auf dem Gebiete der Abrüstung nur parallel mit einem Ausbau der internationalen Friedensordnung möglich sind, hat in den unserer Arbeit zugrunde liegenden Bestimmungen keine Begründung. Es ist klar, daß nach dem Pakt die Abrüstung auf Grund der in ihm geschaffenen Friedenssicherungen alsbald erfolgen, nicht

etwa noch von Verhandlungen über weitere internationale Sicherheitsbürgschaften juristisch-politischer Natur abhängig gemacht werden sollte.

Wir stehen dementsprechend auf dem Standpunkt, daß die Erfüllung der Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz nicht von neuen vertraglichen Sicherheitsgarantien juristisch-politischer Art abhängig gemacht werden darf. Dies um so mehr, als der Artikel 8 selbst in der Abrüstung das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens erblickt, also die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen selbst als das wirksamste Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit für alle Staaten betrachtet. Trotzdem, d. h. obgleich die Abrüstung hiernach nicht an die Vorbedingung neuer vertraglicher Sicherheitsgarantien geknüpft werden kann, hat sich die deutsche Regierung stets bereit erklärt, Anregungen zur Schaffung neuer Garantien zu prüfen und gegebenenfalls sich an Vereinbarungen dieser Art zu beteiligen. Eingehender

Der Wahlkampf beginnt.

Berlin, 3. Februar. Angesichts der kurzen Zeit des vor uns liegenden Wahlkampfes — der kürzeste, der jemals durchgeführt wurde — ist es nicht verwunderlich, daß schon am ersten Tage nach der Auflösung des Reichstages der Kampf beginnt. Die Sozialdemokratische Partei hat bereits einen Wahlauftritt herausgegeben, der zum Angriff der „Freiheitsfront“ gegen die „Hatzburger Front“ auffordert. An dem Aufruf, der selbstverständlich eine sehr scharfe Polemik gegen die Wähler der neuen Regierung darstellt und der sich vor allem gegen den Vorwurf „Novemberverbrecher“ wendet, ist besonders bemerkenswert, daß er ganz eindeutig für Enteignung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter, für Enteignung der Schwerindustrie und für den Ausbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft eintritt. Die SPD. kehrt damit zu den ursprünglichen Forderungen des Ersurter Programms zurück. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Betonung der rein sozialistischen Grundforderungen eine gewisse Annäherung an den Kommunismus darstellt.

Eine wesentliche Rolle im Wahlkampf wird zweifellos auch der gestern veröffentlichte Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrumsführer Raas spielen. Die Opposition folgert aus diesem Briefwechsel, daß die Begründung der Auflösungsverordnung, die Regierung der nationalen Konzentration habe keine Mehrheit im Reichstage gefunden, nicht gerechtfertigt sei, da das Zentrum keineswegs eine Duldung ausdrücklich abgelehnt habe, sondern lediglich erst bestimmte Vorfragen gestellt wissen wollte. Demgegenüber wird in der Presse, die den Regierungsgruppen nahe steht, die Auffassung vertreten, daß gerade durch diese Vorfragen eine Ablehnung der Duldung zum Ausdruck gekommen sei. Man unterstreicht übrigens die Bemerkung des Prälaten Raas, er hoffe, daß durch den Wahlkampf der Wille zur Sammlung nicht zerstört werde, die darauf schließen lasse, daß das Zentrum nicht alle Brücken abbrechen wolle.

Von Seiten des Reichskanzlers brachte dessen erstes Auftreten vor dem Reichsrat keinerlei politische Ueberraschungen. Ein gewisses Interesse gewann die Sitzung dadurch, daß sich der Vertreter der geschäftsführenden preussischen Hoheitsregierung Braun, Ministerialdirektor Dr. Bredt, in verheerender Polemik gegen den Aufruf der neuen Regierung wandte. Bredt bestritt die Schuld der früheren Regierung an der wirtschaftlichen Lage Deutschlands; indem er darauf hinwies, daß in den Ländern mit ganz anderer politischer Struktur, wie in Amerika und England, ebenfalls große Arbeitslosigkeit herrsche und daß gerade die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt habe. Auch sonst will die Regierung Preußen, obgleich sie gar keine politische Grundlage ihrer Existenz mehr hat, der Reichsregierung immer noch weitere Schwierigkeiten zu bereiten suchen. Ministerialdirektor Bredt ist an den neuen Staatssekretär der Reichskasse, Dr. Lammer, herantreten, um neue Verhandlungen wegen der Durchführung des Leipziger Urteils in Gang zu bringen. Daß der Beauftragte Brauns bei dem Staatssekretär Hülbers kein williges Ohr für seine Wünsche finden würde, damit hat er wohl selbst gerechnet. Das Kabinett Braun ist gestern deshalb zu einer Sitzung zusammengetreten, und es wurde später bekannt, daß ein nochmaliges gerichtliches Vorgehen der Regierung Braun vor dem Leipziger Gerichtshof ins Auge gefaßt sei, um das Reich zu zwingen, weitere Folgerungen aus dem Leipziger Urteil zu ziehen. Die neuen Männer dagegen verhalten sich in Preußen noch sehr ruhig. Der Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, erklärte bei der Geschäftsübernahme, er wolle einen Strich unter die Vergangenheit ziehen, und er plane keine unfruchtlichen Erneuerungen im Personalbestand. Es war eine selbstverständliche Ergänzung, daß er sich eine Sabotage seiner Tätigkeit von seinen Mitarbeitern nicht bieten lassen werde. Das preussische Finanzministerium bleibt in den Händen von Popitz, während der Reichskommissar für das Unterrichtsministerium, Prof. Dr. Raehler, nummehr zurückgetreten ist, wahrscheinlich, um durch den nationalsozialistischen Studienrat Ruft ersetzt zu werden.

Keine neue Terror-Notverordnung.

Berlin, 3. Februar. Ein Berliner Mittagsblatt berichtet in großer Aufmachung, daß eine Terrornotverordnung beabsichtigt sei, durch die das Anwendungsgebiet der Todesstrafe außerordentlich erweitert werde und zum mindesten für bestimmte Segmente auch Sondergerichte eingesetzt würden. Für Verbrechen bei politischen Zusammenstößen soll eine hohe Zuchthausstrafe eingeführt werden. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß diese Nachricht falsch ist. Im Augenblick ist eine solche Notverordnung nicht geplant. Es haben auch keineswegs wie in dem Blatte behauptet wird, bereits Besprechungen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem Reichsjustizministerium stattgefunden. Wie die Dinge augenblicklich liegen, glaubt man an den zuständigen Stellen, durchaus mit politischen Maßnahmen auskommen zu können. Das einzige, was an neuen Maßnahmen möglich wäre, ist vielleicht ein scharfes Einschreiten gegen politische Hecke in der Presse. Es wäre denkbar, daß in absehbarer Zeit für dieses Gebiet eine ähnliche Verordnung geschaffen wird, wie sie früher bereits vorhanden war.

Am Dienstag Ueberwachungsausschuß.

Berlin, 3. Februar. Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist von seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Löbe (Soz.), für Dienstag um 11 Uhr einberufen worden. Zur Beratung steht zunächst ein Antrag der Sozialdemokraten auf Sicherung der Wahlfreiheit. Als zweites Punkt enthält die Tagesordnung Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten über die Unterjochung der Diktatur. Es wird beantragt, den Ueberwachungsausschuß in einen Untersuchungsausschuß umzuwandeln, um die Nachprüfung der Diktatur, die in einem Unterausschuß des Haushaltsausschusses begonnen worden war, fortzusetzen.

Beschränkung des Kölner Demonstrationsverbotes auf die KPD.

Köln, 3. Februar. Das am 23. Januar wegen der blutigen Zusammenstöße am Vortage erlassene allgemeine Versammlungs- und Umzugsverbot hat der Kölner Regierungspräsident heute durch Verfügung dahin eingeschränkt, daß dieses Verbot in Zukunft nur noch für Veranstaltungen der KPD. gilt.

Dr. Pfundner zum Staatssekretär ernannt.

Berlin, 3. Februar. Wie wir erfahren, ist Dr. Pfundner zum Staatssekretär des Reichsinnenministers ernannt worden. Dr. Pfundner war in den letzten Jahren in Berlin als Rechtsanwalt tätig. Er war früher Vortragender Rat im Reichsamt des Innern.

Durchsuchung des KPD-Hauses.

Berlin, 3. Februar. Beamte der Politischen Abteilung haben heute kurz vor 11 Uhr das Haus der KPD. (Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation) in der Münzstraße zum Zwecke einer Durchsuchung besetzt.